

Globale Armutsbekämpfung: Sieben Forderungen an die Politik

- 1. Die Schweiz erhöht ihren finanziellen Beitrag für die Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandproduktes. Sie setzt diese zusätzlichen Mittel insbesondere für die Bekämpfung der Armut ein. Sie erhöht den Anteil, den sie christlichen Hilfswerken für ihre Zusammenarbeit mit ihren christlichen resp. kirchlichen Partnern in den betroffenen Ländern zukommen lässt, sehr wesentlich.*
- 2. Die Schweiz erlässt den Entwicklungsländern die öffentlichen Schulden, die das Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele verunmöglichen.*
- 3. Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass Entwicklungsländer die Möglichkeit haben, im Rahmen aller IWF-Programme, des WTO-Agrarabkommens und der Freihandelsverträge, an denen unser Land beteiligt ist, ihre Bäuerinnen und Bauern durch Agrarzölle zu schützen.*
- 4. Die Schweiz verschärft ihre Geldwäschereigesetzgebung, um den Kampf gegen den Transfer von Geldern illegaler Herkunft und Potentatengeldern wirksam zu verbessern.*
- 5. Die Schweiz engagiert sich dafür, dass der Zugang zu ausreichendem und gesundem Trinkwasser für alle durch die öffentliche Hand gewährleistet ist.*
- 6. Die Schweiz verzichtet auf die Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung und passt deshalb das Bankgeheimnis an.*
- 7. Die Schweiz führt im Bereich der Kriegsmaterialausfuhr eine sehr restriktive Politik und passt zu diesem Zweck das Kriegsmaterialgesetz an.*

→ verabschiedet an der Delegiertenversammlung der EVP der Schweiz vom 29.10.2005 in Liestal.